Antwort auf die Anfrage der CDU Ratsfraktion vom 31.10.2023 (Drucksachen-Nummer: 7027/2020-2025) zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am 07.11.2023

Kommunale Wärmeplanung

Anfrage:

Unter welchen Bedingungen gilt die Kommunale Wärmeplanung (KWP) in Bielefeld im Sinne des Gebäudeenergiegesetzes als abgeschlossen, so dass dieses in Bielefeld entsprechend angewendet werden muss?

Antwort der Verwaltung:

Die Bundesregierung erarbeitet derzeit das Wärmeplanungsgesetz. Dieses soll eine Verpflichtung beinhalten, dass Kommunen eine kommunale Wärmeplanung für eine klimaneutrale Wärmeversorgung erstellen müssen. Nach aktuellem Stand sollen das Gesetz für die Wärmeplanung sowie das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zeitgleich Anfang 2024 in Kraft treten. Anschließend gilt es die gesetzlichen Regelungen des Wärmeplanungsgesetzes in Länderrecht umzusetzen. In Nordrhein-Westfalen soll dies voraussichtlich im 2. Quartal 2024 geschehen.

Gemäß dem Gesetzesentwurf gilt eine kommunale Wärmeplanung als „abgeschlossen“, wenn der Rat den Plan (Zielszenario und Maßnahmen für die Umsetzung) beschlossen und veröffentlicht hat. Die Frist für die Erstellung des Wärmeplans für Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern ist der 30.06.2026.

Eine frühere Verabschiedung der kommunalen Wärmeplanung führt nicht dazu, dass die Verpflichtungen aus dem GEG früher in Kraft treten. Ausnahme hierbei ist die separate Ausweisung von einzelnen Gebieten zu Gebieten für den Neu- oder Ausbau von Wärmenetzen. In diesen Gebieten tritt die Pflicht neue Heizungen auf 65 % EE-Basis zu installieren bereits mit Zeitpunkt der Gebiets-Ausweisung in Kraft.

Für die nicht als Wärmenetzgebiet ausgewiesenen Bereiche gelten die regulären Fristen des GEG zur Umstellung auf 65 Prozent erneuerbare Energien. In Großstädten (mehr als 100.000 Einwohner) wird somit der Einbau von Heizungen mit 65 Prozent Erneuerbarer Energie nach dem 30. Juni 2026 verbindlich.

Es geht hierbei jedoch um den Einbau neuer Heizungen. Bestehende Heizungen können weiter betrieben werden und kaputte Heizungen können weiterhin repariert werden.

Für Neubauten gilt die Verpflichtung zum Einbau von Heizungen mit 65 Prozent Erneuerbarer Energie bereits ab dem 1.1.2024.

Zusatzfrage 1 und 2:

In welcher Art ist die Bielefelder Kommunalpolitik in den planerischen Entscheidungsprozess bis zur Finalisierung der KWP einbezogen?

Wann erhalten die Bezirksvertretungen Gelegenheit zur Stellungnahme zum Wärmeplan in Ihrem jeweiligen Bezirk?

Antwort der Verwaltung:

Schon in den letzten Monaten wurde offensiv durch das Umweltamt und die Stadtwerke über die Wärmeplanung berichtet, zum Beispiel in Form von Gremien-Vorstellungen (AfUK, BKB, StEA) oder Presseartikeln. Auch im weiteren Verlauf ist eine Einbindung von Kommunalpolitik und Öffentlichkeit geplant. Die Detaillierung der Einbindung und Definition der Umsetzungsphasen erfolgen in den nächsten Wochen und werden im ersten Quartal 2024 den Gremien präsentiert.

Aktuell befinden wir uns in der Phase der Bestandsanalyse. Die daraus resultierenden Erkenntnisse fließen in die KWP nun ein. Auch die dynamische gesetzliche Entwicklung wird entsprechend berücksichtigt. Ziel ist es, ein strategisches Konzept für eine nachhaltige Wärmeversorgung in Bielefeld unter Beteiligung der Gremien und Öffentlichkeit zu erarbeiten und damit Orientierung und Planungssicherheit im Wärmesektor zu geben.

gez. Adamski